

Gespräch mit Herrn Vizeminister Li Dezhu (L), Staatskommission für Nationalitäten, am 6. Mai 1991, 14:30

---

(L) beginnt nach den Höflichkeiten mit der Darstellung der Staatskommission, die der Parteizentrale und dem Staatsrat direkt unterstellt ist. Er leitet über zur Schilderung der Minoritätensituation in der VR China, mit 56 Nationalitäten, wovon die Han-Chinesen bevölkerungsmässig heute 92% ausmachen. Die 55 Minoritäten umfassten rund 90 Mio Menschen. Nach 1949 richte sich die chinesische Politik im Hinblick auf diese Bevölkerungen nach den Grundsätzen der Gleichberechtigung, der Zusammenarbeit und der gemeinsamen Prosperität. Die Völker hätten nationale Autonomie innerhalb der VR China, wobei heute 5 autonome Regionen, 30 autonome Bezirke und 124 autonome Kreise existierten. Die 8% der Bevölkerung Chinas bewohne dabei rund 64% des gesamten Landes.

In der Folge kommt (L) auf das Tibet zu sprechen und unterstreicht die grosse Entwicklung, die das Land seit 1949 durchgemacht habe. Die Autonomie, welche die Region geniesse, habe nach der friedlichen Befreiung 1952 die starke Entwicklung erlaubt. 1961 seien demokratische Reformen eingeführt worden, 1965 sei Tibet offiziell eine autonome Region mit dem Status einer Provinz Chinas zugestanden worden. Der grösste Unterschied gegenüber der Zeit vor der Befreiung sei die Abschaffung der Leibeigenschaft und Sklaverei gewesen. Der Leibeigene sei selbst Herr geworden, das Land, das vor der Befreiung nur 5% der Einwohner gehört habe, sei verteilt worden.

Heute wähle die Region die Vertreter in den Volkskongress, in dem die grossen Entscheidungen getroffen würden. Es sei im eigentlichen Sinne somit die Selbstentscheidung realisiert. Was die Kolonisierung durch Chinesen anbelange, habe diese nicht stattgefunden. Von 2,19 Mio Einwohnern seien lediglich 80'000 Chinesen, neben 2,09 Mio Tibetanern. Die Tibetaner stellten auch 66,6% der Funktionäre der Region, auf Bezirksebene gar 72%. Der Grossteil seien frühere Sklaven.

Die Autonomie zeige sich in wirtschaftlichen, sozialen und politischen Eigenentscheidungen. Sie hätten die gesamten Grundrechte Chinas zugesprochen erhalten und verfügten zusätzlich über die Vorzugsrechte der autonomen Region. Es gebe somit entgegen den Behauptungen des Dalai Lama keine Unterdrückung. Auf die Frage (J)'s, wie es mit der Finanzautonomie aussehe, erklärte (L), die Einnahmen der autonomen Regionen bleibe in deren Händen, sie erhielten zusätzlich dazu einige Mia RMB Subventionen.

(J) stellt in der Folge die kulturelle Vielfalt der Schweiz dar und kommt dann auf den schweizerischen Vorschlag eines Expertentreffens über Fragen nationaler Minderheiten im KSZE-Rahmen zu sprechen. Die KSZE-Gipfelkonferenz habe die Durchführung dieser Konferenz beschlossen, die nun vom 1.-19.Juli in Genf stattfinden werde. Gerade in Osteuropa werde deutlich, dass die politischen Reformen einerseits durch wirtschaftliche Reformen, andererseits durch die Nationalitätenfragen gefährdet seien. Stabilität könne nur über eine friedliche und positive Regelung der Minderheitenfragen erreicht werden.

H.J. Roth